

Kurzinformation der FWG-Fraktion zum Thema „Straßenbenennung“ in der Ratssitzung vom 27. April 2015:

Im Bericht der Glocke vom 29. April 2015 kritisiert der Redakteur zu Recht, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung zum Thema „Straßenbenennung“ nicht stattgefunden hat.

Auch kritisiert der Redakteur die Befragung der Bewohner der betroffenen Straßen. Diese hätten selbstverständlich aus Kostengründen die Umbenennung abgelehnt.

Ob dies tatsächlich so ist, ist zumindest nicht nachzuweisen. Die Kosten für die Bewohner wären vermutlich nicht viel höher gewesen als bei einem Umzug in eine andere Straße der Stadt.

Möglicherweise haben die Bewohner die Namensgeber ihrer Straßen auch auf der Skala vom Täter bis zum Mitläufer nicht so kritisch bewertet.

Auch war das Interesse der Oelder Bevölkerung insgesamt nicht besonders ausgeprägt.

Zu der inhaltlichen Auseinandersetzung hätte nach Meinung der FWG-Fraktion vor allem auch eine lebhaftere und sachliche Auseinandersetzung im dafür zuständigen Planungsausschuss am 16. April 2015 gehört.

Voraussetzung dafür wäre gewesen, dass sich jede Fraktion mit jedem einzelnen durch sein Verhältnis zum NS-Staat belasteten Namen beschäftigt hätte.

Wie wir alle wissen, ist das Spektrum vom Mitläufertum über die Unterstützung bis zur Täterschaft sehr weit gefasst.

Spätestens, wenn irgendwo in der Bundesrepublik der Name Günter Grass im Zusammenhang mit der Benennung von Straßen oder Plätzen auftauchen wird, wird sich zeigen, wie andere Stadträte mit der Thematik umgehen und vielleicht bessere Antworten finden.

Dass die Tilgung der Namen von den Straßenschildern tatsächlich die bessere Lösung ist gegenüber dem Vorschlag, auf einem Zusatzschild Hinweise auf die Person und ihres Verhältnisses zum NS-Staat zu geben, ist jedenfalls auch nicht gesichert.

Dass die Auseinandersetzung zu den einzelnen Namen nur sehr rudimentär stattgefunden hat, lag jedenfalls nicht an der FWG-Fraktion, wie man der Berichterstattung der Glocke vom 18. April dieses Jahres entnehmen kann.

Aus folgendem Grunde kritisierte der FWG-Sprecher auch die einstimmige Ablehnung des Verwaltungsvorschlages durch die SPD in der Ratssitzung am 27. April.

Wenn die Vertreter einer Partei elf Tage zuvor im Planungsausschuss geschlossen dem Verwaltungsvorschlag zustimmt, können die Vertreter derselben Partei im Stadtrat natürlich geschlossen denselben Vorschlag ablehnen.

Sie sollten dann den anderen Mitgliedern des Rates aber nicht vorwerfen, sie handelten auf feige Weise und gegen die Interessen der Stadt Oelde.

Dazu hätte dann der fraktionsinterne Meinungsbildungsprozess anders und die Beteiligung im Fachausschuss intensiver ablaufen müssen.

Oelde, 29. April 2015

Ralf Niebusch

-Fraktionssprecher FWG-

Die beiliegende Materialsammlung kann interessierten Bürgerinnen und Bürgern als kurze Information zum Thema dienen.

Thema der Ratssitzung am 27. April 2015

TOP 16 Straßenumbenennung von Oelder Straßen

- Wagenfeldstraße
- Hindenburgstraße
- Hermann-Stehr-Straße
- Ina-Seidel-Straße

Artikel aus „Die Glocke“ vom 29. April 2015

Belastete Straßennamen

Kommentar

Es bleibt ein schaler Beigeschmack

Von unserem Redaktionsmitglied
ROLAND HAHN

Ein unglücklich gewähltes Vorgehen, nur leidlich souveränes Politikerhandeln und ein Ergebnis mit schalem Beigeschmack – das Verfahren um die belasteten Straßennamen in Oelde geht unbefriedigend zu Ende.

Die kurze Diskussion in der Ratssitzung am Montag zeigte, was bislang gefehlt hat und leider weiter fehlt: eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung in der Frage des Umgangs dieser Stadt mit belasteten Straßennamen. Die Entscheidung der Anwohner der betroffenen Straßen, die sich mehrheitlich gegen eine Umbenennung ausgesprochen haben, ist verständlich angesichts für sie hoher Folgekosten. Wer aber zu diesem Thema, das über einen Straßenzug weit hinaus wirkt, nur die Anwohner befragt, nimmt das Ergebnis vorweg. Die Politik hat diesen beschränkenden Verwaltungsvorschlag nicht hinterfragt. Zugleich muss sie sich die Frage gefallen lassen, warum sie das Ergebnis dieser Bürgerbeteiligung ohne tiefere eigene Beratung als vorgegebene Entscheidung hingenommen hat.

Rodriguez' klare Worte und eine ebensolche inhaltliche Auseinandersetzung hätte man sich in den vergangenen Monaten gewünscht. Das Ergebnis wäre nicht zwingend ein anderes, der schale Beigeschmack aber weg. So wurde die banale Diskussion über die Länge der Zusatztexte vom Neben- zum Hauptschauplatz.

SPD-Sprecher nennt Verfahren „einen Fehler“

Von unserem Redaktionsmitglied
ROLAND HAHN

Oelde (gl). Vor der Ratssitzung schien beim Thema der belasteten Straßennamen alles geklärt. Und auch mit der Ratssitzung am Montag blieb das Ergebnis unverändert. Beim Meinungsbild dagegen gab es deutliche Verschiebungen: SPD, Grüne und zwei CDU-Vertreter stimmten nun gegen die gefundene Lösung. Dennoch blieben die Befürworter der Variante mit kurzen Hinweistexten in der Mehrheit. Diese sollen an der Hindenburg-, Wagenfeld-, Hermann-Stehr- und Ina-Seidel-Straße angebracht werden.

In der Sitzung des Hauptausschusses hatte SPD-Sprecher Francisco Rodriguez bereits angekündigt, dass seine Fraktion sich nun doch gegen die Lösung, die sie im Planungsausschuss noch mitgetragen hatte, aussprechen werde. Im Rat lieferte er die Erklärung für die seitdem erfolgte Kehrtwende nach. Mit der Einleitung dieses Verfahrens habe man „vor einiger Zeit wohl gemeinsam einen Fehler begangen“, sagte Rodriguez. Als Ratsmitglied habe man sich aber mit Eid verpflichtet, zum Wohle der Stadt zu handeln. Er ergänzte: „Die Mehrheit meiner Fraktion hält es nicht dem Wohl der Stadt für dienlich, wenn wir Personen, die ein unmenschliches, totalitäres Terror-

regime gutheißen (..) mit einer Straßenbenennung ehren.“ Er frage sich auch, wie sich Ossietzky, Goerdeler, Bonhoeffer und Kästner fühlen würden, „in Nachbarschaft eines Verfechters jenes Regimes geehrt zu werden, welches für ihre Verfolgung, Verhaftung oder ihre Ermordung verantwortlich ist“.

„Unverschämt“ lautete eine der Vokabeln, die FWG-Sprecher Ralf Niebusch für seine Antwort einfielen, die er sich für das Ende der Ratssitzung aufhob. Es sei „inakzeptabel“, die übrigen Mitglieder des Rats nun offenbar als „schädlich im Interesse Oeldes“ zu werten, sagte er unter deutlichen Zustimmungsbekundungen und mit Verweis auf das bisherige Abstimmungsverhalten der SPD-Mitglieder zu diesem Thema.

Er habe immer gesagt, „entscheiden müssen Sie“, erklärte Bürgermeister Karl-Friedrich Knop an die Ratsmitglieder gewandt. Zum Verfahren, die Bürger zu beteiligen, stehe er. „Das Ergebnis war doch klar“, antwortete Edmund Dalecki (SPD), schließlich seien nur die Anwohner der betroffenen Straßen befragt worden. „Feiger Weise“ sei der falsche Weg eingeschlagen worden. Es hätte eigentlich darum gehen müssen, „als Stadt ein Zeichen zu setzen“, sagte Dalecki weiter. Auch von einer Partei, „die das Wort ‚Christlich‘ im Namen führt“, habe er dies erwartet.

1. Hintergrund und Anlass der Diskussion um eine Straßenumbenennung:

In einem Schreiben eines Bürgers vom 02.04.2014 regt dieser an, die Straßenwidmung für Karl Wagenfeld abzuerkennen. Er begründet seinen Antrag damit, dass ein bekennender Nazi und Befürworter des Rassenwahns kein geeigneter Namensgeber für eine Straße sei.

Im November/Dezember 2014 wurden alle Anwohner/innen und Grundstückseigentümer/innen der Wagenfeldstraße, Hindenburgstraße und Hermann-Stehr-Straße schriftlich befragt. Die Befragten konnten

- den Erhalt des Straßennamens,
- den Erhalt des Straßennamens mit Anbringung eines erklärenden Zusatzschildes zum Namensgeber sowie
- die Umbenennung der Straße

favorisieren.

Ergebnis der Befragung der Anwohner:

Die Ergebnisse der Befragung und einige Anschreiben der Anwohner an die Verwaltung im Vorfeld der Befragung zeigen, dass diese überwiegend gegen eine Umbenennung der Straßen sind, wobei viele Befragte auch ein erklärendes Zusatzschild zu dem Namensgeber befürworten.

2. Diskussion des Themas im Planungsausschuss am 10. Februar 2015:

Im Protokoll wurde folgendes vermerkt: *(Fraktionszugehörigkeit in Klammern hinzugefügt!)*

Herr Drinkuth (*CDU*) erklärt, dass es sich um ein sensibles Thema handle und dass die Wünsche der Anwohner bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden müssen. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion die Anbringung von Zusatzschildern unterstütze.

Herr Westbrock (*FDP*) erklärt, dass die Politik bei der Entscheidung an das Ergebnis der Befragten gebunden sei und die FDP-Fraktion die Anbringung von Zusatzschildern ebenfalls unterstütze. Er merkt an, dass auch bei der Ina-Seidel-Straße Handlungsbedarf bestehe und fordert dies bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen, da Ina Seidel auch eng mit dem Nationalsozialismus verbunden gewesen sei.

Herr Niebusch (*FWG*) teilt mit, dass das Votum der Befragten eindeutig sei und dass die FWG-Fraktion der Anbringung von Zusatzschildern zustimme.

Herr Ringbeck (*Bündnis 90/Die Grünen*) äußert, dass das Ergebnis der Umfrage zu erwarten war. Jedoch sollte seiner Meinung nach der Fokus in dieser Sache erweitert werden. Schließlich reiche die Außenwirkung einer Straße über die Anwohner hinaus. Eine Lösung mit dem Zusatzschild trage er nur bedenklich mit. Herr Ringbeck erkundigt sich nach der Gestaltung der Zusatzschilder.

Herr Pötter (*SPD*) teilt mit, dass auf dem Schild auch der Hinweis zu finden sein müsse, dass man einem Wunsch der Bürger folge.

Beschluss des Planungsausschusses im Februar 2015:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr beschließt **einstimmig** die Verwaltung zu beauftragen, Vorschläge für den Wortlaut der erklärenden Zusatzschilder zu verfassen und diese dem Ausschuss am 16. April 2015 vorzustellen.

3. Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Planungsausschuss am 16. April 2015:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr beschließt folgende ergänzenden Erläuterungen unter den jeweiligen Straßennamensschildern anzubringen:

Für die Hindenburgstraße:

*„Generalfeldmarschall und Reichspräsident, wegen seiner Haltung zum Nationalsozialismus umstritten, * 1847 + 1934“*

Für die Wagenfeldstraße:

*„westf. Mundartdichter und Vorsitzender des Westfälischen Heimatbundes, wegen seiner Unterstützung des Nationalsozialismus umstritten, * 1869 + 1939“*

Hermann-Stehr-Straße:

*Lehrer und schlesischer Schriftsteller,
wegen seiner Unterstützung des Nationalsozialismus umstritten, * 1864 + 1940*

Ina-Seidel-Straße: Seite 2 von 3

*deutsche Dichterin, wegen ihrer Haltung zum Nationalsozialismus umstritten, * 1885 + 1974*

Ergebnis des Planungsausschusses:

Wie man dem beigefügten Artikel der Glocke entnehmen kann, war die Diskussion zum Thema sehr kurz.

Allerdings wurde die mögliche Umbenennung auch in der Oelder Bevölkerung nur selten thematisiert. Daher war es nur zu verständlich, dass sich lediglich ein paar Bewohner der betroffenen Straßen eingefunden hatten, um die Sitzung zu verfolgen.

Lediglich Manuela Steuer (FWG) und Alexander Ringbeck (Bündnis 90/Die Grünen) stimmten dem Vorschlag nicht zu, weil sie eine ausführlichere Erläuterung auf den Zusatzschildern gewünscht hätten.

Alle anderen Mitglieder des Ausschusses stimmten dem Vorschlag zu, auch alle Mitglieder der SPD.

Elf Tage später im Rat stimmten die Mitglieder der SPD geschlossen gegen denselben Vorschlag.

Zusatzschilder für Straßen

NS-Vergangenheit soll in Kurztexten genannt werden

Von unserem Redaktionsmitglied
ROLAND HAHN

Oelde (gl). Die Zusatzschilder sollen den jeweils kürzesten der möglichen Texte tragen. Diesen Beschlussvorschlag der Verwaltung trug am Donnerstagabend die Mehrheit der Planungsausschussmitglieder mit. Umbenennungen der Wagenfeld- und Hindenburgstraße in Oelde sowie der Hermann-Stehr- und Ina-Seidel-Straße in Stromberg wegen der Beziehung ihrer Namensgeber zum Nationalsozialismus sind von den jeweiligen Anwohnern sowie der Politik mehrheitlich nicht gewollt.

Das Zusatzschild für die Hindenburgstraße soll künftig den Text „Generalfeldmarschall und Reichspräsident, wegen seiner Haltung zum Nationalsozialismus umstritten, *1847 †1934“ tragen. Bei den drei anderen Personen lautet die Wunschformulierung ähnlich. Bei Wagenfeld und Stehr ersetzt aber „Unterstützung“ das Wort „Haltung“.

Die Stadt hatte zur Formulierung auch Beispiele anderer Kommunen herangezogen. Letztlich spreche sich die Verwaltung jeweils für die kurze Fassung aus, erläuterte Planungsamtsleiter Peter Rauch und ergänzte: „Lange Texte führen nicht zwingend zur Klarheit.“ Alexander Ringbeck (Grüne) war gänzlich anderer Meinung und sprach sich im Sit-

zungsverlauf für die ausführlicheren Varianten aus. „Es tut niemanden weh, und es ermöglicht, ein stärkeres Bewusstsein zu schaffen“, sagte er. Entsprechend stimmte Ringbeck am Ende ebenso wie Manuela Steuer (FWG) gegen den Verwaltungsvorschlag.

„Eine inhaltliche Diskussion“ habe er vermeiden wollen, sagte CDU-Fraktionssprecher André Drinkuth, um dann doch inhaltlich zu argumentieren. Denn FWG-Sprecher Ralf Niebusch hatte zuvor beklagt, dass er die Formulierung im Falle Hindenburgs für zu schwach halte. Die Rolle als „Wegbereiter Hitlers“ – so ein weiterer Formulierungsvorschlag – müsse betont werden. Er sehe Paul von Hindenburg in einer anderen Rolle als die „Dichter und Denker“, sagte Niebusch mit Verweis auf Karl Wagenfeld, Hermann Stehr und Ina Seidel. „Das sehen wir anders“, betonte Drinkuth für die CDU. Hindenburg sei unter den vier Personen diejenige gewesen, die „dem Nationalsozialismus am wenigsten positiv zugewandt war“.

Markus Westbrock (FDP) wollte – auch „als Liberaler“ – auf den mündigen Bürger setzen. Es reiche aus, zu zeigen, „da war was“, und den Bürgern zu überlassen, sich entsprechend „schlau zu machen“. Für die SPD erklärte Werner Pötter abschließend, dass auch sie den Beschlussvorschlag der Verwaltung an den Rat unterstützte.



In wenigen Worten soll nach dem Willen der Politik die Haltung der Namensgeber von Oelder Straßen zum Nationalsozialismus oder dessen Unterstützung benannt werden. Das Bild zeigt beispielhaft den möglichen Text eines Zusatzschildes für die Hindenburgstraße in Oelde. Bild: Reimann

Hintergrund

Das Zusatzschild für die Hindenburgstraße in Oelde soll künftig den Text „Generalfeldmarschall und Reichspräsident, wegen seiner Haltung zum Nationalsozialismus umstritten, *1847 †1934“ tragen. Eine längere Alternative wäre gewesen: „Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg und von 1925 bis zu seinem Tode Reichspräsident; als Reichspräsident ermöglichte er durch Ausschaltung politischer Gegner Verabschiedung verschiedener Verordnungen und zuletzt im März 1933 durch das Ermächti-

gungsgesetz bewusst die uneingeschränkte Machtergreifung Adolf Hitlers * 1847 † 1934“. Eine ebenfalls stärker wertende Kurzvariante hätte lauten können: „Kriegsherr, Staatspräsident und Wegbereiter Hitlers, wegen seiner Haltung zum Nationalsozialismus umstritten * 1847 † 1934“.

Im Fall der Wagenfeldstraße sind die Unterschiede der vorgestellten Varianten geringer. Verschieden langen Erklärungen des Wirkens Karl Wagenfelds wird jeweils ein „wegen seiner Unter-

stützung des Nationalsozialismus

umstritten“ nachgestellt. Ähnliches gilt für die beiden Alternativen zur Hermann-Stehr-Straße. In der längeren Variante wäre betont worden, dass Stehr „die NS-Politik voll unterstützt, die Morde anlässlich der Röhm-Affäre gerechtfertigt“ hat und „aktiv in Bücherverbrennungen verstrickt“ war.

Die längere Variante für die Ina-Seidel-Straße hätte den Zusatz „distanzierte sich in den Nachkriegsjahren von ihrer früheren Haltung“ enthalten können. (rh)